

## KURZ UND PRÄGNANT

### Koalitionsgezerre

Angesichts des fortwährenden Koalitionsunfriedens erklärte Bodo Ramelow: „Das ist nicht mehr nur ein Trauerspiel, das ist eine Katastrophe für Thüringen! Die Landesregierung hat kein Konzept. Da wurstelt zusammen, was keinen gemeinsamen politischen Ansatz hat.“ Das verantwortungslose Gebaren um den Landeshaushalt und den Kommunalen Finanzausgleich gehe wieder zu Lasten der Kommunen und der Vereine und Verbände. Besonders rücksichtslos sei der Versuch der persönlichen Profilierung einzelner Regierungsmitglieder auf dem Rücken der Thüringer Kommunen. „Wie sollen diese ihre Haushalte aufstellen, wenn seitens des Landes die wesentlichen finanziellen Eckdaten nicht vorgelegt werden?“, fragte der LINKE-Fraktionsvorsitzende. ■

### Mindestlohninitiative

Zur Mindestlohninitiative der Thüringer Landesregierung sagte MdL Dieter Hausold: „LINKS wirkt! Was meine Fraktion seit Jahren konsequent einfordert, scheint nun endlich bei den Damen und Herren der Landesregierung angekommen zu sein.“ Allerdings bestehe kein Grund zum Jubeln, denn „im kürzlich von der Landesregierung vorgestellten ‚Eckpunktepapier‘ für einen Gesetzentwurf ‚Mindestlohn/Lohnuntergrenze‘ ist kein verbindlicher Bruttostunden(Mindest-)Lohn enthalten. Die Höhe des Mindestlohnes soll durch eine unabhängige Kommission festgelegt werden“. Der LINKE Wirtschaftspolitiker forderte die Landesregierung auf, „Farbe zu bekennen und einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von zehn Euro je Stunde einzufordern“. ■

### „Ja, aber“-Urteil

„Es war gut und richtig, dass DIE LINKE gegen diesen Fiskalpakt geklagt hat!“, sagte Bodo Ramelow zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Die vom Bundestag beschlossene Abschaffung des Königsrechts des Parlaments, über die Höhe der Ausgaben selbst zu entscheiden, wurde gekippt. Allerdings hatten DIE LINKE, der Verein Mehr Demokratie und 38 000 Bürger auch deshalb geklagt, weil die Folgen des Fiskalpakts massiven Sozial- und Demokratieabbau bedeuten. „Die europäischen Staaten werden durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) nicht einmal mehr in der Lage sein, Konjunkturprogramme aufzulegen; sie sind zum drastischen Sparen auf dem Rücken der sozial Schwächsten regelrecht gezwungen. Das muss nach wie vor verhindert werden.“ ■

# Das Wohnen soll sozial und ökologisch sein

Spannende Diskussionen gab es bei der 5. Wohnungspolitischen Konferenz in Sömmerda

**„Wohnen sozial und ökologisch nachhaltig gestalten – ein Widerspruch?“ Dieser Frage widmete sich die 5. Wohnungspolitische Konferenz, die von der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und dem Kommunalpolitischen Forum Thüringen in Sömmerda veranstaltet wurde.**

Schon längst sind Fehlentwicklungen innerhalb der Wohnungspolitik sichtbar. Es werden hohe Standards der energetischen Sanierung von der Politik an die Immobilienbesitzer vorgegeben, die jedoch letztlich vom Mieter getragen werden müssen. Insbesondere sozial Schwächere, prekär Beschäftigte und Geringverdiener haben hierbei das Nachsehen. Schließlich ist das Einsparpotential der Energiekosten in der Mehrzahl der Fälle wesentlich geringer als die entstehenden Kosten der Sanierung.

Auf der Konferenz bekamen Vertreter der Wohnungs- und Energiewirtschaft, aus Wissenschaft und des Mieterschutzbundes Gelegenheit, zur Problematik Stellung zu beziehen. Rainer Nowak vom Verband der Thüringer Wohnungswirtschaft (vtw) mahnte die Politik an, dass ein Gesamtplan zur Verbesserung der Energieeffizienz als auch im Hinblick auf die soziale Verträglichkeit der Maßnahmen gänzlich fehle. Aus diesem Grund ist der Verband mit seinen rund 200 Mitgliedern dazu übergegangen, eine freiwillige Verpflichtung zur Verbesserung der Energieeffizienz in Wohngebäuden mit dem Thüringer Bauministerium einzugehen. Aus Sicht der Wohnungswirtschaft sind schon viele Anstrengungen unternommen und bereits elf Millionen Euro in die energetische Sanierung in-

vestiert worden, sodass heute ein Großteil der Wohnungsbestände voll- oder teilsaniert ist. Lediglich neun Prozent der Wohnungen in Thüringen sind sanierungsbedürftig. Das Ziel des Klimaschutzes innerhalb der Wohnungspolitik dürfe davon jedoch nicht losgelöst betrachtet werden.

Mit Sanierungen müssen auch Fragen des demographischen Wandels sowie die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum verknüpft werden. Letztlich komme es darauf an, die Verbraucher mit einzubeziehen, gemäß des Grundsatzes, die Betroffenen des energetischen Wandels zu Beteiligten zu machen. Die höhere Energieeffizienz muss hierbei als Chance begrif-



fen werden, von der Vermieter als auch Mieter gleichermaßen profitieren. In seinem Vortrag betonte Nowak, dass 80 Prozent der Energiekosten für die Erzeugung von Wärme in den Wohnungen verschlungen werden. Die zentrale Frage sei daher, wie dieser hohe Wärmeverbrauch zu reduzieren ist. Dieser Problematik widmete sich Prof. Wesselak von der Fachhochschule Nordhausen. In der von ihm vorgestellten Stu-

die wurde offenkundig, dass der Bedarf der Wärmebereitstellung nicht durch erneuerbare Energien gedeckt werden kann. Wo die Stromversorgung mittels grüner Technologien problemlos bewältigt werden könne, da benötigt die Wärmeversorgung nach wie vor große Mengen an fossilen Energieträgern. Hinzu käme, dass die Potentiale der erneuerbaren Energien im Wärmebereich in Thüringen bereits ausgeschöpft seien. Selbst eine Umstellung auf 20 Prozent der Wärmebereitstellung über erneuerbare Energien sei nur über zusätzliche Impulse erreichbar.

Dazu sei eine Effizienzsteigerung zur Senkung des Wärmeverbrauchs in allen Sektoren erforderlich. Auch die Politik sei gefragt; so sollte die öffentliche Hand vorbildhaft handeln, wie durch die Einführung eines Erneuerbare Energien-Wärme-Gesetz in Thüringen. Zudem gehören die Förderrichtlinien der Politik auf den Prüfstand: Warum können nicht Solarthermieanlagen auf Dächern von Häusern gebaut werden, die nicht denkmalgeschützt seien?

Am Ende der Tagung verwies die wohnungspolitische Sprecherin der LINKEN, Heidrun Sedlaczik (s. Foto), auf die Notwendigkeit der energetischen Sanierungen von Wohnraum angesichts der globalen Entwicklungen und Anstrengungen für den Klimaschutz. Im Sinne einer verantwortungsvollen Sozialpolitik sollten diese Kosten jedoch nicht allein von den Mietern geschultert werden. Auch das Land steht in der Verantwortung und sollte zusätzliche Mittel bereitstellen. Gerade ein neuer sozialer, insbesondere kommunaler Wohnungsbau, muss dauerhaft bezahlbar bleiben und auf soziale sowie ökologische Aspekte ausgerichtet sein. *Carolín Weingart* ■

## Unterstützung für Flüchtlings-Protestmarsch

Die Fraktion DIE LINKE unterstützt den am 8. September begonnenen Protestmarsch von Flüchtlingen von Würzburg nach Berlin, der auch durch Thüringen führt und am 18. September (nach Redaktionsschluss dieses Parlamentsreports) mit einem Aktionstag in Erfurt Station machte, u.a. vor dem Thüringer Landtag.

Die Abgeordneten der Linksfraktion erklärten sich solidarisch mit den Flüchtlingen und den von ihnen vertretenen Forderungen. „Dass bestehende gesetzliche Regelungen keineswegs die Würde von Menschen schützen, sondern diskriminierend in die Grundrechte von Flüchtlingen eingreifen, ist Anlass, den Protest an den Sitz des Gesetzgebers zu tragen. Dabei bewusst die Grenzen der Bewegungsfreiheit, die durch die sogenannte Residenzpflicht für Flüchtlinge gesetzt werden,

zu überschreiten, ist ein Anliegen des Protestes. Damit wird symbolisiert, dass Menschen über sich selbst verfügen und entscheiden können müssen“, so Sabine Berninger, migrationspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

„Deshalb unterstützen wir ausdrücklich die Forderungen nach Abschaffung der Residenzpflicht, nach Schließung von Lagern für Flüchtlinge und einem Ende der zwangsweisen Abschiebungen. Die Herstellung menschenwürdiger Lebensbedingungen für all jene, die ihr Herkunftsland verlassen mussten, ist keine überzogene Forderung, sondern Grundlage einer freien Gesellschaft entsprechend des Artikels 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“, sagte die Landespolitikerin. Abgeordnete und Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE haben sich an der Spen-

denkampagne beteiligt, um den Protestmarsch, an dem sich weit mehr Menschen als erwartet beteiligen, zu unterstützen.

„Wir haben die Flüchtlingslager verlassen und die Essenspakete boykottiert. Wir haben die Gutscheine ignoriert und die Plätze der Städte besetzt. Die Hungerstreiks haben unsere Kraft unter Beweis gestellt. Das Zunähen unserer Lippen zeugte von unserer Entschlossenheit. Und nun erlangen wir wieder unsere Kraft durch das Brechen der Grenzen“, heißt es bei „The VOICE Refugee Forum Jena“, die ihren Aufruf überschrieben haben: „Die streikenden Flüchtlinge Statement – Für uns existiert kein Blatt im Gesetzbuch“.

Informationen zum Protestmarsch sind unter [www.refugeetentaction.net](http://www.refugeetentaction.net) zu finden. ■